



27. August 2025

**Schriftliche Anfrage**

von Derek Richter (SVP),  
Johann Widmer (SVP)  
und Stephan Iten (SVP)

Wie jedes Jahr wurden während den Sommerferien von Seiten Stadt Zürich mehrere Mitteilungen veröffentlicht, welche einen reinen Informationscharakter überschreiten und von politischer Relevanz sind. Ein Beispiel ist die Meldung vom 17. Juli 2025, in der euphemistisch von einer „Anpassung der Öffnungszeiten der Regionalwachen“ gesprochen wird, was de facto einer Schliessung entspricht.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Warum veröffentlicht der Stadtrat Entscheide und setzt gesetzliche Fristen für natürliche und juristische Personen während der Sommerferien, obwohl dies für Opposition und Betroffene problematisch ist?
2. Welche Massnahmen ergreift der Stadtrat, um sicherzustellen, dass sowohl die Opposition als auch natürliche und juristische Personen während der Ferienzeit ausreichend über Entscheide und Fristen informiert werden?
3. Wurden die Interessen und Verfügbarkeiten von Opposition, natürlichen und juristischen Personen vor der Entscheidung, Entscheide und Fristen in die Ferienzeit zu legen, berücksichtigt?
4. Welche Vorkehrungen trifft der Stadtrat, die Veröffentlichung von Entscheiden und die Setzung von Fristen in Zukunft ausserhalb der Ferienzeit zu planen, um Konflikte zu minimieren?
5. Welche Unterstützungsangebote, wie zum Beispiel verlängerte Fristen und/oder vereinfachte Kommunikationswege, gibt es für Personen und Unternehmen, die in der Ferienzeit keine Möglichkeiten haben, Fristen einzuhalten?
6. Wurde die Auswirkung dieser Praxis auf Opposition, natürliche und juristische Personen analysiert, und plant der Stadtrat Konsultationen, um die Vorgehensweise zu optimieren?

DR: h a a a a

SH